



**Dieter Spethmann:  
Gemeinsames Geld ist  
gemeinsames  
Schicksal.**

München: August  
Dreesbach Verlag,  
2. Auflage 2010  
ISBN 978-3-940061-  
47-8  
€ 18,-

Als im September 2008 die Investment Bank Lehman Brothers zusammenbrach und in deren Folge die deutschen Institute IKB und HRE mit staatlichem Geld gerettet wurden, stellte sich für viele Bürger die Frage nach der Sicherheit ihres Geldes. Zwar konnte das rasch in Gang gesetzte Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung die gefährdeten Banken retten, allerdings um den Preis einer Liquiditätsschwemme und einer beträchtlichen Geldmengenausweitung. Die Sicherheit des Geldes droht daher mit einer zukünftigen, inflationären Entwertung dieses Geldes erkaufte zu werden. In diese Phase der Besorgnis platzte im Dezember 2009 die Mitteilung der neu gewählten griechischen Regierung, dass das Haushaltsdefizit, nicht wie von der abgewählten Regierung nach Brüssel gemeldet, 4%, sondern tatsächlich mehr als 12% beträgt und damit mehr als dreimal so hoch wie gemeldet ausfallen wird. Dass sich das bereits bei der Aufnahme des Landes in die Eurozone 2001 deutlich gewordene betrügerische Verhalten zwischenzeitlich offenbar nicht geändert hatte, kam für viele Beobachter überraschend. Nicht überraschend für diese Beobachter, wohl aber für die Politik, kam dann im April die Erkenntnis, dass die Kapitalgeber mit ihrem neuen Kenntnisstand nicht mehr bereit waren, griechische Staatsanleihen zu kaufen, jedenfalls nicht zu den zuvorkommenden Zinskonditionen der Betrugsphase. Die Regierungen Europas und die EU-Kommission wollten darin das Verhalten übler Spekulanten sehen, deren Absicht es sei, den Euro zu ruinieren. Eine Griechenland-Hilfe im Umfang von 110 Mrd. € wurde gewährt, der sich, weil in anderen Euro-Mitgliedsländern die wirtschaftliche Situation nicht viel besser als die griechische war, ein genereller „Rettungsschirm“ für „unverschuldet in Not geratene“ Mitgliedsländer im Umfang von 750 Mrd. € anschloss. Damit erhielt die Frage nach der Sicherheit des Geldes eine neue, europäische Dimension und es stellte sich aus der Sicht der deutschen Bürger die Frage, ob und, wenn ja, wie eine Gefährdung des Geldes und seines Wertes durch außerhalb Deutschlands, nämlich in den Euro-Mitgliedsländern liegenden Probleme, gefährdet sein könnte. Eben dies war die Frage, die Dieter Spethmann in seinem in erster Auflage 2003 veröffentlichten Buch stellte. Er bejahte die Frage und die Begründung hierfür gab dem Buch den Titel: *Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal*.

Die Neuauflage 2010 kommt zur rechten Zeit. Die hellsichtigen Thesen von 2003 haben sich im Jahr 2010 als voll

zutreffend erwiesen. Es lohnt daher, den unveränderten Nachdruck des Textes von 2003 vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen zu lesen und zu kommentieren. Zwei aktuelle Vorworte, eines vom Autor selbst und eines von Wilhelm Hankel, schlagen den Bogen vom Jahr 2003 in den Sommer des Jahres 2010.

Das Buch besteht aus fünf, von einander weitgehend unabhängigen Teilen. Teil 1, der Titelgeber des Buches, ist mit 100 Seiten am umfangreichsten. Auf ihn beschränkt sich die folgende Rezension. Teil 2 wurde ursprünglich im Jahr 1969 verfasst und behandelt Begriff und Bedeutung der Internationalen Liquidität. Teil 3 „Ich weiß zuviel“ bietet eine Reminiszenz an H. J. Abs, den Spethmann bei der Londoner Schuldenkonferenz 1953 erlebte, und der ihm gegenüber mit dem in der Überschrift genannten Zitat begründete, warum er keine Memoiren schreiben wird. Die gemeinsame Klammer für diese drei Teile ist die Thematik von Geld und Verschuldung. Zwei kleinere Beiträge „Über die Bedingungen unternehmerischen Erfolges“, und „Eigentum und Management im Unternehmen“ schließen die 187 Seiten umfassende Schrift ab.

Der Autor, Dr. jur. und Dr. Ing. h.c. der RWTH ist einer der großen Industriellen des Landes. Fast 20 Jahre lang, 1973–1991 leitete er als Vorstandsvorsitzender die Thyssen AG. Er nimmt regelmäßig öffentlich Stellung zu den wichtigen politischen Entwicklungen des Landes. Insbesondere die drohenden Fehlentwicklungen der Europäischen Union liegen ihm, einem überzeugten Europäer, am Herzen. In diesem Zusammenhang war er beteiligt an den Klagen beim BVerfG zur Einführung des Euro, zum Lissabon-Vertrag und zur Griechenland-Hilfe.

Der Tenor des Buches kommt in seinem Titel prägnant zum Ausdruck.

Es ist die Botschaft, dass ein gemeinsames Geld eine Schicksalsgemeinschaft begründet. Wenn hingegen ein Geld über eine Gemeinschaft „gestülpt“ wird, die sich nicht als Schicksalsgemeinschaft versteht, wird das gemeinsame Geld scheitern. Angewendet auf den Euro heißt das, dass der Einführung des Euro eine lange Phase der Erprobung hätte vorausgehen müssen, in der festzustellen gewesen wäre, ob und, wenn ja, wie weit die ökonomische, politische und soziale Integration vorangeschritten ist. Diese Prüfungen wären aufgrund unterschiedlicher ökonomischer und politischer Entwicklungen in den Unionsmitgliedsländern oder in von außen kommenden Gefährdungen gekommen. Hätten sich einige Länder mit den ökonomischen Anpassungszwängen in einer Währungsunion überfordert gesehen, hätten sie mit dem Wechselkurs und einer eigenständigen Geldpolitik zwei ihrer Lage angemessene einsetzbare Instrumente zur Verfügung gehabt. Diese Option besteht in der Währungsunion nicht mehr. Damit wächst die Gefahr, dass aus einer Währungsunion eine Transferunion zugunsten der wirtschaftlichen schwächeren Länder wird. Dafür aber fehlt die politische Legitimation, weil die Bürger der Länder Europas sich zwar als eine Solidargemeinschaft innerhalb ihrer Länder, aber nicht über die Ländergrenzen hinaus verstehen.

Wenn es eines Beweises für die Berechtigung dieser Befürchtung bedurft hätte: Mit dem Fall Griechenland wäre er erbracht gewesen. Das Land hat lohnpolitisch seine Wettbewerbsfähigkeit, fiskalpolitisch seine Schuldentilgungsfähigkeit und berichtsmäßig seine Glaubwürdigkeit zerstört

und die übrigen Euro-Mitgliedsländer sehen sich, um Schlimmeres zu verhüten, gezwungen zu helfen.

Mit dem Beinahe-Bankrott Griechenlands erschien dann auch die Bonität anderer Euro-Mitgliedsländer in neuem Licht: Die Risikoprämien für Staatsanleihen aus Portugal, Spanien, und Irland stiegen an und veranlassten den Euro-Club, in Kooperation mit dem IWF einen „Rettungsschirm“ für alle Euroländer aufzuspannen. Im Rahmen dieser Aktionen ist Deutschland mittlerweile Eventualverbindlichkeiten im Umfang von ca. 200 Mrd. € eingegangen: „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal“.

Und doch: Die These ist zu allgemein, um Gültigkeit beanspruchen zu können. „Gemeinsames Schicksal“ ist ein großes Wort. Es ist wohl wahr, dass die Bereitschaft zur Umverteilung, also die Bereitschaft der Wohlhabenden mit der Erbschaftsteuer und der progressiven Einkommenssteuer den weniger Wohlhabenden Unterstützung zukommen zu lassen, aus der in Jahrhunderten gewachsenen Erfahrung gemeinsamen Leides in Zeiten der äußeren Bedrohung und des Krieges sowie gemeinsamen Erfolges in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, entsteht und wächst. Solche gemeinsamen Erfahrungen des Leides haben die Euroländer nicht, noch nicht, so möchte man hoffen. Aber ist deshalb die Einführung einer gemeinsamen Währung fehl am Platze? Muss man mit ihrer Einführung warten, bis solche Erfahrungen vorliegen? Ich meine nein. Zum einen deshalb, weil gemeinsames Geld eben keineswegs zwingend Umverteilung voraussetzt oder impliziert. Geld ist ein Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel, aber kein Umverteilungsinstrument. Konkret: Dass Griechenland geholfen wurde und dass ein Rettungsschirm aufgespannt wurde, ist ein Bruch des Vertrages über das gemeinsame Geld (die Aushebelung der No-Bail-Out-Klausel des Maastricht-Vertrages) und nicht die Implikation dieses Geldes. Zum anderen deshalb, weil „gemeinsames Schicksal“ in kleinerer Münze, nämlich beschränkt auf die monetäre Gemeinschaft, lediglich meint, dass das gemeinsame Geld

und der Wechselkurs dieses gemeinsamen Geldes gegenüber Drittwährungen eine –näherungsweise– gleiche Inflationsrate und gleiche Preise verlangen. Das ist zwar auch eine „Solidargemeinschaft“ aber doch auf sehr viel niedrigerem Niveau, jedenfalls ohne politisch sensible Militär- und Umverteilungsimplicationen.

Ich bin auch nicht einverstanden, die beiden gescheiterten währungspolitischen Experimente „Einführung der DM in Ostdeutschland 1990“ und „Dollarisierung in Argentinien 1991“ auf den Euro zu projizieren, wie der Autor es tut. Als der Euro 1999 eingeführt wurde, waren die Leistungsbilanzen der teilnehmenden Länder annähernd ausgeglichen und die Wechselkurse waren, vertrags- und konvergenzkonform, seit mehreren Jahren gleichgewichtig. Dies war nur dadurch möglich, dass die unterschiedlichen Höhen der Arbeitsproduktivität in den Beitrittsländern des Jahres 1999 durch unterschiedliche Höhen der Nominallöhne neutralisiert wurden, sodass die Lohnstückkosten vergleichbar waren und die Länder im Preiswettbewerb bestehen konnten. Dies war in den Fällen der DDR und Argentinien völlig anders: Die DDR konnte vor der Einheit ihre Produkte auf den Welt-

märkten aus Qualitätsgründen nur zu 25% der nationalen Gestehungskosten absetzen, sodass die Einführung der DM einer 400%igen Aufwertung ihrer Währung gleichkam. Dass unter solchen Bedingungen ortsansässige Unternehmen keine Überlebenschance haben, ist offensichtlich. Genau den gleichen Fehler hat man in Argentinien mit der Substitution des Peso durch den US-Dollar gemacht – aber eben nicht bei Einführung des Euro.

Eine letzte kritische Bemerkung bezieht sich auf das starke Gewicht, das der Autor der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten fünf Jahren der Währungsunion, 1999–2003, gegeben hat. Der deutliche Konjunkturabschwung in dieser Zeit, in dem die Wachstumsrate des BIP nach einem Anstieg von 2,0% auf 3,2% anschließend über 1,2% und 0% sank und 2003 mit -0,2% sogar negativ wurde, wurde zum großen Teil der Einführung der Währungsunion zugerechnet, hatte damit aber nicht viel zu tun. Denn in den nächsten vier Jahren wuchs das BIP wieder: 1,2%, 0,8%, 3,5%, 2,4%. So schließt das Buch, nach einer abschließenden Klage über die Einführung des Euro, mit dem allenfalls das Jahr 2003 charakterisierenden Satz: „Unseren Betrieben aber fehlen die Aufträge“. Aus der Sicht des Jahres 2010 müsste man sagen: Unseren Betrieben fehlen die Arbeitskräfte, um die Aufträge erfüllen zu können. Konjunkturelle Phänomene sind kurzfristiger Natur. Probleme einer Währungsunion müssen unter langfristigen Gesichtspunkten diskutiert werden. Glücklicher-

---

*Die Neuauflage 2010 kommt zur rechten Zeit. Die hell-sichtigen Thesen von 2003 haben sich im Jahr 2010 als voll zutreffend erwiesen. Es lohnt daher, den unveränderten Nachdruck des Textes von 2003 vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen zu lesen und zu kommentieren.*

---

weise tut dies der Autor überwiegend, lediglich am Ende gewinnt die Aktualität des Tages etwas die Oberhand.

Zusammenfassend: Es ist dies ein außerordentlich lesenswertes Buch. Die Generation, die noch die Zerrüttung eines Geldwesens und die anschließenden „Aufräumarbeiten“ am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt langsam aus. Ihre Erfahrungen drohen verloren zu gehen. Das vorliegende Buch ist eine Mahnung, die Risiken, die in einem politisierten Geldwesen stecken, nicht zu vergessen. Die als ungerecht empfundenen materiellen Verluste der deutschen Mittelschicht in der Inflation von 1923 hatte eine Hinwendung dieser Schicht zur politischen extremen Rechten zur Folge. Die Deutschen haben 1991 der Einführung des Euro nach Maßgabe der Spielregeln des Maastricht-Vertrages einer monetären Union, keiner Transferunion zugestimmt. Ein politisches Mandat zur Einführung einer Transferunion hatte die Bundesregierung, als sie die No-Bail-Out-Klausel im Mai 2010 preis gab, nicht.

*Rezensent: Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer (khs).  
karlhans.sauernheimer@uni-mainz.de*